

# Verordnung

betreffend die

## Neuausgabe von Petroleum-Bezugskarten im Gebiete der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Nach Verordnung des I. I. Statthalters im Erbgerichtsamt Österreich unter der Enns vom 8. August 1917, Ia 1/538, werden vom 2. September 1917 angefangene neue amtliche Petroleumbezugskarten ausgegeben.

Es werden nachfolgende Änderungen getroffen:

1. Die bisher bestehenden Petroleumabnahmestellen, sowie die Begebung mit den Petroleumbezugskarten bleiben unverändert aufrecht.
2. Die für die Belieferung der Flur, des Hofes, der Gänge und Stiegen für Häuser ausgegebenen Petroleumbezugskarten behalten ihre Gültigkeit.

3. Es gelangen folgende amtliche Petroleumbezugskarten neu zur Ausgabe, und zwar:

a) d. o. holt die Bewohner von Gebäuden, Geschäftshäusern und Wohnungsbauern, welche nach einer auf Betriebsweisheitstafeln angezeigten Zeit, so und bisweilen einzeln oder in Gruppen, welche durch die Betriebsweise und das Volumen der Abnahme noch nicht ausreicht, das Recht, die gesetzliche Petroleumbezugskarte auszugeben, um die Belieferung zwecks Gültigkeit bis zu einem Zeitraum von 3 Monaten zu übernehmen. Die Abnehmerberechtigten erhalten bei der geltenden Brot- und Mehdkommission gegen Ausgabe jederzeitige Erlaubnis, die dem Amtlichen Angaben streng befreit ist.

Die Betriebsweise, welche

mittei. überbetriebliche Geschäftsführer, welche

mittei. überbetriebliche Bauherr, welche

Wiederholung einzig und allein mit Petroleum ausgestattet ist, ist nicht mehr als 1/2 ihrer Petroleum beliebt.

Die Abnahme der Brot- und Mehdkommission gegen Ausgabe der Betriebsweise ist in den Nachweis gleichzeitig einzuführen.

Ab heutiger Zeit beginnen der gebotene Zeit der jeweils bekannten Wiederkommen Petrolen gegen Bezahlung des Güteschwundes ohne Junktionsgewinn übernommen.

Die betriebsweise Wiederkommen für die hier Karten mit 's' über Petrolen bestimmt.

d) ab Brot- und Mehdkommission gegen Ausgabe, welche einzig und allein mit Petroleum ausgestattet ist, und

die Brot- und Mehdkommission gegen Ausgabe der Betriebsweise befreit.

Die dergleiche Wiederkommen ist im Falle d mit 's' über und im Falle 's' mit 's' über Petroleum befreit. Hierbei wird nicht mehr als eine Beugstelle für Altermutterung abgerechnet, sondern nur der Zeit der Abnahme und der an sie vermittelten Bezahlung.

Die Abnahme der Brot- und Mehdkommission gegen Ausgabe der Betriebsweise ist in den Nachweis gleichzeitig einzuführen.

Die Abnahme der unter d und e beschriebenen Petroleumbezugskarten ist an die Abgabe nachstehender bei der geltenden Brot- und Mehdkommission abzurechnende Geldzahlung abhängig, die dem Amtlichen Angaben entspricht.

„In Kenntnis, daß vorstige Angaben streng befreit werden, gebe ich hiermit die wahrtreibgetreue Erfüllung ab, daß ich für die Belieferung

meiner Wohnung,

der Brot- und Mehdkommission gegen Ausgabe, welche

wicht einzig und allein mit Petroleum ausgestattet ist (sob), nicht mehr als 1/2 ihrer Petroleum beliebt.

Die Abnahme der Brot- und Mehdkommission gegen Ausgabe der Betriebsweise befreit.

4. Handelsführer, Geschäftsführer und Wohnungsbauern, welche wegen ihres Vertrages an Petroleum vom Bezug der amtlichen Petroleumbezugskarten ausgeschlossen sind und daher gewoontschaftlich eine Erfüllung in der oben angegebenen Art nicht abgeben können, erwerben den Anspruch auf Auslösung vom Petroleumbezugskarten erst nach Verminderung bei einem das Maß des Zulässigen nicht überschreitenden Verbrauche auf oder unter die Abgabe der entsprechenden Erfüllung erforderliche Menge.

5. Die amtliche Petroleumbezugskarte ist an das Haus, bzw. Geschäftsführer, bzw. ab der Wohnung gebunden. Es werden daher die Hausbesitzer, bspw. deren Stellvertreter im Falle der Übertragung des Eigentumsrechtes des Hauses oder der Verwaltung desselben an eine andere Person verpflichtet, die Petroleumbezugskarte für die Hausbelieferung, bzw. Wochenschlussbelieferung dieser Person zu übergeben. Diese kann die Geschäftsführer und Wohnungsbauern verpflichtet im Übernahmefall dem Betriebserhalt in den Nachweis übergeben. Petroleumbezugskarten werden überwiegend bei den Brot- und Mehdkommissionen, bzw. bei den Betriebsweisen der Petroleumbezugskarten, und Wohnungsbauern rückstellbar; daselbst hat zu erfolgen, wenn die Petroleumbezugskarte durch eine andere Belieferung erlost wird, die Wohnung leer steht oder aus sonst einem Gründe wie Abreise, Landeskündigung u. dgl. geschlossen wird. Petroleumbezugskarten für Heimarbeitgeber und Wohnungsbauern sind, sobald bei der zuständigen Brot- und Mehdkommission befreit erhalten, der ad genannten Petroleumbezugskarten ununterbrochen beizubringen, welche die Brot- und Mehdkommission abzuführen, wenn ein anderer Heimarbeiter die Wohnung bezogt, die zu Trennung des Rechtes nach Bezug einer Petroleumbezugskarte für eine Heimarbeitgeberin aufgestellt ist.

6. Bewohner der neuen amtlichen Petroleumbezugskarten haben sich die Bewohner mit dem politischen Meldejetzett, welches zu diesem Zwecke vom Haushalter leihweise bis zu 6 Monaten befreit, sowie mit einem ihre Eigenschaft befestigenden Dokument, zum Beispiel Steuerbegruß, Grundsteuerbericht, Versicherungsbrief o. ägl.; Heimarbeiter mit einer Besitztätigung ihres Arbeitsgebiets oder einer anderen die Heimarbeit beweisenden Urkunde, mit dem Meldejetzett der Altersstufe, bei dem jahrländigen Bezug einer Wohnung, welche aus dem Zeitpunkt der Bezugserteilung bis zu 6 Monaten befreit, welche die alte Petroleumbezugskarte kann, ohne Bezugserteilung dieser Wohnung möglichkeit ihr Bezugserteilung nachzuweisen.

7. Die Anmeldung befreit Erhalter der Petroleumbezugskarte führt bei der geltenden Brot- und Mehdkommission statt, und zwar für die Bewohner mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens:

A-G am 28. August 1917

H-Q am 29. August 1917

R-Z am 30. August 1917

in der Zeit zwischen 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags

und 2 bis 5 Uhr nachmittags.

8. Die Petroleumbezugskarte ist eine öffentliche Urkunde. Ihre Fälschung wird nach dem Strafgesetze geahndet. Wegen Erneuerung der Karte werden vor deren Ablauf die nötigen Weisungen fundgemacht werden.

9. Verletzungen der Bestimmungen dieser Verordnung werden vom zuständigen magistratischen Bezirksgericht mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen oder nach diesen Gewissen mit Arrest bis zu 6 Monaten bestraft, sofern die Übertretung nicht einer strengeren Bestrafung unterliegt. Wer in solchen Verletzungen anklagt oder bei ihrer Ausführung mitsieht, wird in gleicher Weise bestraft. Im Falle der Verletzung eines Gemeinvermögens kann, sofern die Verletzungen nach § 133, Abs. 1 u. 2, der Gemeindeordnung unterliegen, auch auf den Vorfall seiner Gewerbevertretung für immer oder auf bestimmte Zeit erlassen werden.

10. Auf Objekte der Militärverwaltung und Räumlichkeiten, welche in militärischer Benützung stehen, findet diese Verordnung keine Anwendung.

Bom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien als politischer Behörde I. Instanz.

Wien, am 22. August 1917.